

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorverhandlungen mit Frankreich.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

In einem Teil der französischen und englischen Presse werden Gerüchte über bereits begonnene Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und Vertretern des Pariser Kabinetts verzeichnet. An sich sollten diese Hinweise nicht überraschen. Der Reichskanzler hat in den letzten Wochen immer wieder betont, daß Deutschland verständigungsbereit ist und schließlich auch versuchen wird, seinen Willen zur Beendigung des Ruhrkonfliktes nach Möglichkeit in die Tat umzusetzen. Das ist inzwischen praktisch in einem Ausmaß geschehen, das unserm Erachten nichts zu wünschen übrig läßt. Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß die nicht in ausdrücklichem Einverständnis mit der französischen Regierung geführten Verhandlungen bereits zu einer konkreten Unterlage geführt haben, die schließlich zur Lösung des Ruhrkonfliktes dienen könnte. Wenn man schon verhandeln will, müssen auch Anhaltspunkte vorhanden sein, die ein Verhandeln ermöglichen. Sie als „konkrete Vorschläge“ zu betrachten, wie es in einzelnen Pariser Blättern geschieht, bleibt dem Ermessen jedes einzelnen überlassen. Nebenfalls dürfte die Reichsregierung bei allen Schritten im vollsten Einverständnis mit den maßgebenden Kreisen der Ruhrbevölkerung handeln, die, soweit wir unterrichtet sind, nach Möglichkeit versuchen werden, in diesen Tagen weitere Hindernisse, die einem positiven Ergebnis der vorläufigen Besprechungen noch im Wege stehen, aus der Welt zu schaffen.

London, 11. September. (Ca.) Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ berichtet über eine bedeutsame Konferenz am Freitag zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswirtschaftsminister, dem Vizekanzler und dem Präsidenten des Garantiekomitees. Unmittelbar danach sei ein Delegierter der Reichsregierung nach der französischen Botschaft gefahren worden. In diesen Verhandlungen habe die Reichsregierung darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten wegen der außerordentlich verwickelten politischen Situation beständen, offen den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufzugeben. Von französischer Seite habe man eine neue Wertung dieser Schwierigkeiten ins Auge gefaßt.

Paris, 11. September. (Ca.) Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet, daß Ende der letzten Woche der französische Botschafter in Berlin, M. Margerie, mehrere Unterhaltungen mit dem Reichskanzler gehabt habe. Er erklärt jedoch, es sei zu früh, um eine Wertung dieser Unterhaltungen geben zu können. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ verzeichnet ein Gerücht, wonach eine höhere französische Persönlichkeit nach einer längeren Unterhaltung mit dem Reichswirtschafts- und dem Reichsfinanzminister Sonnabendabend nach Paris abgereist sei und konkrete Vorschläge mitgenommen habe. Es scheint, so heißt es im „C'oeuvr“, daß diese Note einen Kommentar der Rede Stresemanns darstellen soll, die dieser in den letzten Tagen gehalten hat, und die in der einen oder anderen Form die Einstellung des passiven Widerstandes bedeutet. Der Korrespondent des „C'oeuvr“ teilt gleichzeitig mit, man kommentiere in Brüssel die Tatsache außerordentlich lebhaft, daß der belgische Ministerpräsident Jaspars unerwarteterweise nach Brüssel zurückgekehrt ist. An dieser maßgebender Stelle hat man den Eindruck, daß die kommende Woche für den Beginn von Verhandlungen in der Ruhr- und Reparationsfrage entscheidend sein wird. Man bezweifelt jedoch, daß Deutschland vorläufig eine schriftliche Note an Frankreich und Belgien zu richten gedenkt. Wenn man an dieser maßgebender Stelle gestern Abend die Nachricht demontierte, daß dem französischen Botschafter de Margerie am letzten Sonnabend in der Wilhelmstraße eine „Verbalmittlung“ über die Reparationen gemacht worden sei, so bezieht sich dieses Demonté wohl mehr auf die Behauptung, man habe dem Botschafter eine „Verbalmittlung“ gemacht, als auf die Tatsache seines Besuchs in der Wilhelmstraße, eine Tatsache, die im übrigen auch von anderer Seite bestätigt wird. Wie der Korrespondent der „Eprez“-Korrespondenz aus bester Quelle mitteilen kann, ist es durchaus unbestritten, daß in der ganzen letzten Zeit nicht nur auf dem Wege über Banknote und Industrie, sondern auch über amtliche und halbamtliche Persönlichkeiten eine private Sondierung zwischen Paris und Berlin vorgenommen worden ist, deren Auswirkung man in den nächsten Tagen erwarten darf. Es ist anzunehmen, daß die Sondierungsarbeit sich vorläufig weniger mit positiven Vorschlägen befaßte, als mit der Aufklärung gewisser Punkte in der Stellungnahme der alliierten Regierungen, die aus den Veröffentlichungen der verschiedenen französischen und anderen alliierten Noten nicht mit genügender Klarheit hervorgingen.

Dementis und Befristungen.

Paris, 11. September. (Ca.) Trotz des Dementis des Quai d'Orsay, daß keinerlei Verhandlungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin stattgefunden hätten, hält der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ daran fest, daß Dr. Stresemann in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen mit Dr. Margerie gehabt habe.

Die Brüsseler Regierung dementiert offiziell die Nachricht, als ob die Reichsregierung dem französischen Botschafter in Berlin Noten zur Lösung des Ruhrkonfliktes übergeben habe. Dagegen erfährt der Brüsseler Korrespondent des „C'oeuvr“, die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel würden in den nächsten Tagen der französischen und der belgischen Regierung Noten übergeben, in denen Vorschläge Deutschlands zur Lösung der Reparations- und der Ruhrfrage enthalten seien. Auch die Einstellung des passiven Widerstandes werde in diesen Noten angefündigt.

Der „Populaire“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem englischen Abg. Tom Shaw, in der dieser lachend es für einen Widerspruch erklärte, wenn behauptet würde, der passive Widerstand sei eine von der Reichsregierung erzwungene Bewegung. Die Ruhrbevölkerung sei immer antimilitaristisch gewesen, weswegen in Friedenszeiten das Ruhrgebiet auch keine Garnison besessen habe.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ dementiert die Nachricht, als ob bereits Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland stattfänden. Über deutsche Vorschläge hätten bei dem französischen Botschafter und bei den maßgebenden französischen Stellen im besetzten Gebiet vorgeprochen und ihnen verschiedene Projekte vorgebracht, von denen allerdings nicht ein einziges annehmbar gewesen sei und in Erwägung gezogen werden konnte, weil es die Frage des passiven Widerstandes übergangen habe. Zahlreiche deutsche Industrielle hätten in den letzten Tagen Besprechungen mit den Generolen Danignes und Degouttes in Düsseldorf gehabt.

London, 11. September. (M.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ schreibt, ihm sei von hoher französischer Seite versichert worden, daß die französische Regierung als solche keine Absicht habe, sich mit irgendeiner Uebereinkommen zwischen deutschen Industriellen zu identifizieren. Jede Verständigung zwischen französischen und deutschen Industrielleninteressen würde eine vollkommen inoffizielle und private Angelegenheit außerhalb der Regierungskontrolle sein.

Frankreich kauft den belgischen Franken.

Paris, 11. September. (Ca.) Dem „Echo de Paris“ wird aus Brüssel gemeldet, daß die Verhandlungen über die belgische 400 000 000-Franken-Anleihe in Frankreich nunmehr beendet sind, nachdem die belgische Regierung gestern die Mittelteilung erhalten hat, daß die französischen Banken derjenigen Gruppe, mit der die Anleihe abgeschlossen ist, die 3 Optionen zu den vereinbarten Bedingungen begeben haben.

Baldwin will neu erwägen.

London, 11. September. (M.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es verlautete, daß Baldwin und seine Kollegen ihre Aufmerksamkeit von neuem dem Reparationsproblem zuwenden. Die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet würde eine vollständige Neuerwägung der veränderten Lage notwendig machen.

Korfu und Fiume.

Diese Frage beschäftigt jetzt besonders die englische Presse. Da England nicht durchgesetzt hat, daß der von Griechenland angerufene Völkerbund die Entscheidung und die Lösung in der Hand behalte, will es wenigstens die verlebte griechische Staatshoheit baldigst wiederhergestellt sehen, schon nach der Annahme und Erfüllung der Bedingungen durch Griechenland, aber ehe noch die sehr schwierige Untersuchung in den albanischen Bergen beendet ist, was recht lange dauern kann. Die Untersuchungskommission der Botschafterkonferenz, unter der Führung des Japaners Schubaja, soll am 17. September in Janina eintreffen.

Inzwischen aber haben die Italiener die Besetzung auf die Insel Veros ausgedehnt. Mussolini bemüht sich, die englischen „Mißverständnisse“ über seine Haltung zu zerstreuen. Jetzt hat er den Weg eines „Daily Mail“-Interviews gewählt, in dem er dem britischen Reich die italienische statt der griechischen Bundesgenossenschaft im östlichen Mittelmeer anbietet. Wahrscheinlich hat er dabei auch den Gedanken, England in der Fiumefrage italienfreundlicher zu stimmen. Mussolini hebt die Opfer Italiens für Fiume hervor: die Einstellung, ja Niederämpfung des d'Annunzio-Einfalls. Die Verhinderung eines glatten Gewaltaktes und Rechtsbruches wird hier zum Anspruch auf Belohnung gemacht. Mehr Opfer würde Italien nicht bringen, sagt Mussolini, und den Schiedspruch einer fernstehenden Instanz nicht annehmen. Der italienisch-südslawische Rapallovertrag sieht nämlich den Schiedspruch der Schweiz allerdings nur für die Festlegung der Grenzen vor, und Südslawien will diesen Schiedspruch fordern, wenn die Vermittlung Poincarés, die dieser dem Premierminister Patisch zugesagt hat, nicht zur Lösung führe.

Wieder wilde Devisenhauffe.

Wo bleibt der Reichskommissar?

Die vorübergehende Markbesserung, die, wie an dieser Stelle betont wurde, nur auf technische Gründe zurückzuführen war, hat sich seit gestern wieder in eine wilde Aufwärtsbewegung der Devisen umgewandelt. Im Frühverkehr wurde der Dollar noch mit 64 Millionen gehandelt und gegen 12 Uhr hörte man ihn bereits mit 70 bis 71 Millionen und das Pfund mit 320 Millionen. Die Nachfrage hat sich heute außerordentlich verschärft. Käufer ist, wie schon seit langem üblich, zum größten Teil das Rheinland! Die Reichsbank war nicht am Markt und wird sich wohl auch in Zukunft darauf beschränken, bei der amtlichen Feststellung starke Repartierungen vorzunehmen. Angesichts dieser neuen Entwertung der Papiermark begrüßt man es an der Börse, daß die Regierung sich nun doch entschlossen hat, mit möglichstster Beschleunigung die Goldmark einzuführen.

Die erneute Hauffe der Devisen blieb nicht ohne Wirkung auf den Effektenmarkt. Auch hier hörte man im Bureauverkehr bereits stark erhöhte Kurse. Auch Aufträge vom Publikum liegen bereits in bemerkenswertem Umfang vor.

Demokratie und Diktatur.

„Diktatorische Maßnahmen“ sind von der Regierung gefordert und von ihr in Aussicht gestellt worden. Man spricht von einem Wirtschaftsdiktator, einem Währungsdiktator, einem Devisendiktator, und meint damit die Einsetzung von Behörden mit außerordentlichen Vollmachten, die ohne viel bürokratische und parlamentarische Umständlichkeiten das Notwendige verfügen und durchführen. In der Bedrängnis, in der sich Staat und Volk befinden, ruft jedermann nach einer starken Hand. Selbst Härten, die mit einem strammen Regime verbunden sind, werden in solchen Zeiten der Not lieber ertragen als das Gefühl, daß alles willen- und ratlos ins Verderben gleitet.

Von den grundsätzlichen Anhängern der Diktatur rechts und links sind diese Erscheinungen zum Anlaß genommen worden, die Diskussion über die alte Streitfrage Demokratie oder Diktatur neu anzuspinnen. In dem allgemeinen Ruf nach diktatorischen Maßnahmen erblicken sie eine Bestätigung ihrer eigenen Auffassungen und ein Vorzeichen für ihren endgültigen Triumph. Wobei zu bemerken ist, daß die Uebereinstimmung der äußersten Rechten und der äußersten Linken in dem Verlangen nach der Diktatur sich zunächst nur auf das Formale bezieht, da ja jeder mit dem gleichen Mittel verschiedene Zwecke erreichen will. (Von dem sehr interessanten, aber noch nicht vollständig geklärten Versuch, sich auf nationalsozialistischer Grundlage auch über das Materielle zu einigen, sei in diesem Zusammenhang abgesehen.)

Bedeutet nun das gegenwärtige Regierungssystem mit seinem Willen zu raschen und energisch durchzuführenden „diktatorischen“ Maßnahmen wirklich ein Zugeständnis an die Auffassungen der extremen Diktaturanhänger? Diese Frage kann nur der bejahen, der gewöhnt ist, mit Worten zu spielen, ohne mit ihnen klare Begriffe zu verbinden, und der vergessen hat, was der Ausgangspunkt der früher so lebhaft geführten Debatte über Demokratie und Diktatur gewesen ist.

In jener Debatte war man wenigstens darüber einig, daß unter Diktatur die auf Gewalt gestützte Herrschaft einer Minderheit zu verstehen sei. Dadurch war erst der klare begriffliche Gegensatz zur Demokratie gegeben, die sich grundsätzlich auf eine verfassungsmäßig festgestellte Volksmehrheit stützt. Niemals aber ist behauptet worden, daß eine Regierung, hinter der eine solche Volksmehrheit steht, daran als „demokratisch“ zu erkennen sei, daß sie weniger entscheidend ihren Willen zur Geltung bringe, als eine Minderheitsregierung, die sich lediglich auf Gewalt stützt.

Die gegenwärtige Reichsregierung hat ihre Legitimation erhalten durch die allgemeinen Volkswahlen, aus denen der Reichstag von 1920 hervorging. Eine gewaltige Mehrheit der damals gewählten Vertreter hat sich unter dem Druck der ungeheuren Not und Gefahr zusammengefunden, um eine Regierung zu bilden, die den Versuch unternimmt, Volk und Staat aus einer fast hoffnungslos gewordenen Lage zu retten. Die gegenwärtige Reichsregierung ist also ihrer Entstehung nach das Gegenstück einer Diktaturregierung, wie sie in Rußland und in Italien durch Einwirkung der Gewalt im Gegensatz zu einem verfassungsmäßig festgestellten Volkswillen zustande gekommen ist.

Auch das Argument, hinter der deutschen Regierung stünde nicht mehr die Volksmehrheit, kann nicht verfangen. Denn abgesehen davon, daß die verfassungsmäßige Funktion des gegenwärtigen Reichstags noch nicht beendet ist, war die Mehrheit, die sich im Sommer 1920 für die Parteien der Koalition entschied, viel zu groß, als daß man annehmen könnte, sie sei heute nicht mehr vorhanden.

Gerade aber aus diesem Umstand schöpft die gegenwärtige Regierung die Kraft zu „diktatorischen“ Maßnahmen. Sie darf hoffen, mit ihnen durchbringen zu können, weil hinter den Parteien, die sich in Opposition zu ihr befinden, eben nur eine Minderheit des Volkes steht, die sich obendrein auf die äußerste Rechte und die äußerste Linke verteilt und ziemlich hoffnungslos gespalten ist. Die Möglichkeit für sie, durch die Kraft des Vertrauens und der Ueberzeugung Widerstände zu überwinden, beruht auf dem Umstand, daß sie in die verschiedenen Bevölkerungskreise hinein ihren Einfluß geltend machen kann. In der Arbeiterschaft wie im Bürgertum, bei der Presse, den Beamten, der bewaffneten Macht kann sie auf Vertrauen rechnen, sofern sie es nicht gerade mit entagierten Völkischen, Deutschnationalen oder Kommunisten zu tun hat. Insbesondere gibt die Anwesenheit von vier Sozialdemokraten in dieser Regierung den Massen der Arbeiter und Angestellten die Gewähr, daß ihre Interessen so vertreten werden, wie das unter den gegebenen Umständen nur immer möglich ist.

Daß durch eine solche Regierung letzte Ziele der Sozialdemokratischen Partei nicht verwirklicht werden können, ist selbstverständlich. Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, daß solche Ziele leichter verwirklicht werden könnten durch eine Regierung, die sich lediglich auf eine sozialistisch überzeugte Minderheit des deutschen Volkes stützen würde.

Auch eine solche Minderheitsregierung würde ihre ganze Kraft daransetzen müssen, zunächst einmal die drängendsten Aufgaben der Gegenwart zu erledigen, das heißt, den Ruhrkonflikt zu beenden und für die grenzenlos zerrütteten Staatsfinanzen neue, gesündere Grundlagen zu schaffen. Sie würde sich dazu in der Hauptsache derselben Mittel bedienen müssen, deren Anwendung durchzuführen die Aufgabe

der Sozialdemokraten innerhalb der gegenwärtigen Regierungsmehrheit ist.

Die Regierung der sozialistischen Minderheitsdiktatur hätte aber alle Kräfte, die durch die Koalition gebunden sind, offen und fast geschlossen gegen sich: die Landbevölkerung, das Bürgertum, die Presse, den Beamtenkörper, die bewaffnete Macht, die Mehrheit des Parlaments. Wie sie unter solchen Umständen zur Herrschaft gelangen, sich in ihr behaupten, die verworrenen außenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ordnen könnte, ist unersichtlich.

Wer die Diktatur ausüben will und auf dem Wege zu ihr alle grundsätzlichen und moralischen Bedenken überwindet, der muß wenigstens die Machtmittel besitzen, um sie erobert und behalten zu können. Die sind aber nicht vorhanden. Sie sind, nebenbei gesagt, einstweilen auch für die äußerste Reaktion nicht vorhanden, und werden ihr immer fehlen, wenn die Arbeiterchaft bereit bleibt, ihre demokratischen Grundzüge nach allen Seiten hin aufrechtzuerhalten und zu verteidigen.

Heißt das nun auf die letzten Ziele der Sozialdemokratie verzichten? Nein, das heißt es keineswegs, sondern das heißt nur, daß ein Schritt nach dem anderen getan werden muß, und daß durch List und Gewalt nicht errungen werden kann, was nur durch praktische Reife der Verhältnisse und der Menschen, durch praktische Teilerfolge und theoretische Aufklärungsarbeit erreicht werden kann. Als stärkste Partei des Reiches hat die Sozialdemokratie die Anwartschaft auf die alleinige Herrschaft in der Regierung, sie wird sie antreten können, sobald es ihr gelungen sein wird, die Mehrheit des Volkes um ihre Fahnen zu vereinigen. Bis dahin ist es ihre Aufgabe, entsprechend der Stärke ihrer Anhängerschaft und ihrer guten Gründe ihren Einfluß zugunsten der arbeitenden Massen mit aller Energie geltend zu machen und sich in der Schule der praktischen Erfahrung auf die noch größere Mission vorzubereiten, die in der Zukunft ihrer harret.

„Deutscher Tag“ in Gotha.

Eingreifen der thüringischen Landespolizei.

Der Thüringische Pressedienst schreibt: Um größere Zusammenkünfte und Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Gotha von möglicher folgender Tragweite zu verhüten, hatte der Stadtdirektor von Gotha auf Anweisung des Thüringischen Ministeriums des Innern, alle öffentlichen Umzüge und Kundgebungen unter freiem Himmel in Gotha, die anlässlich des auf Sonntag, den 9. September angelegten sogenannten „Deutschen Tages“ vorgesehen waren, — nicht etwa den „Deutschen Tag“ als solchen, wie einige Falschmeldungen behaupten — sowie die geplante kommunistische Gegendemonstration, verboten. Trotz dieses Verbots ist es Sonnabendabend in Gotha zu großen Menschenansammlungen, Austritten und Schlägereien gekommen, bei denen auch Schüsse fielen. Angesichts dieses Sachverhalts wurde der Leiter der Landespolizei vom Ministerium des Innern beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Oberst Müller-Brandenburg führte in den frühen Morgenstunden namhafte Polizeikräfte aus Weimar und Jena-Mehlitz an Gotha heran und rückte gegen 8 Uhr vormittags mit diesen Kräften in Gotha ein. Dort war die Lage äußerst gespannt. Rechtsradikale wie Kommunisten hatten starke Kräfte zusammengezogen. Jede Stunde brachte neue Züge, die teils zu Fuß, teils mit der Eisenbahn eintrafen. Der Leiter der Landespolizei ließ um 9 Uhr vormittags den Bahnhof besetzen, dessen Vorplatz mit großen Massen gefüllt war. Der Vorplatz wurde abgesperrt. Eine Anzahl kommunistischer wie rechtsradikaler Züge, die in militärischer Ordnung aufmarschierten, wurden auseinander gedrängt. Gegen 10 Uhr vormittags wurde in der Gegend des Schießhauses ein über 1 1/2 Tausend Köpfe starker geschlossener Zug der Rechtsradikalen aufgestellt. Hierbei kam es verschiedentlich zu Widerstand gegen die Staatsgewalt. Eine größere Anzahl von Festnahmen machten sich daher notwendig. Die Auflösung dieses großen rechtsradikalen Zuges wirkte sich sehr bald aus. Das Zeigen geschlossener Formationen nahm sichtlich ab. Von 11 Uhr vormittags ab zeigten die Kommunisten bereits eine auffallende Zurückhaltung, so daß sich auf kleine Zwischenfälle ein weiteres Eingreifen gegen diese Seite bis 4 Uhr nachmittags nicht mehr notwendig machte. Dagegen mußte um die Mittagszeit gegen eine große geschlossene Gruppe der Rechtsradikalen, die auf dem Vorplatz des Schießhauses sich befand,

wo eine Abstellung in militärischer Ordnung, Führer vor der Front, in erheblicher Kopfstärke festgestellt wurde, eingegriffen werden. Auch hier zeigte sich starke Widerständigkeit, die durch das energische Eingreifen der Polizei gebrochen wurde.

Unterdessen hatte gegen 10 Uhr vormittags der Minister des Innern dem Polizeioberst Müller-Brandenburg die Polizeiregulation für den Stadtkreis Gotha übergeben. Der Leiter der Landespolizei ordnete daher um 3 Uhr nachmittags an, daß der Jungdeutsche Orden sämtliche Auswärtigen zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags aus der Stadt entferne, und zwar auf vorherbezeichneten Straßen, die unter polizeiliche Aufsicht gestellt wurden. Die Kommunisten erhielten Anweisung, ihre auswärtigen Leute von 6.30 bis 8.30 Uhr abends unter den gleichen Bedingungen abzuführen. Das Zeigen geschlossener Züge wurde streng unterbunden. Das Abtransportieren der Massen gelang im allgemeinen ohne größere Störungen. Dort, wo die Bildung geschlossener Züge versucht wurde, wurde sofort energisch eingegriffen. Größere Schwierigkeiten entstanden abends zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags infolge des außerordentlichen Andrangs der auswärtigen Leute beider Lager am Bahnhof. Die Landespolizei mußte die Bahnsteige besetzen und die beiden Parteien voneinander getrennt in die Züge verladen. Ab 8 Uhr abends herrschte Ruhe in Gotha. Die Nacht vom Sonntag zum Montag ist vollkommen ruhig verlaufen.

Im Laufe des Sonntags machten sich über 40 Festnahmen notwendig. Die Festgenommenen wurden nach Feststellung des Tatbestandes, und soweit ihre Überführung auf die Staatsanwaltschaft nicht notwendig war, wieder entlassen. Montag früh hatte die Staatsanwaltschaft in Gotha noch 5 Beigeliste festgesetzt wegen ersterer Vergehen. Die von der Polizei Festgenommenen gehören teils den rechtsradikalen, teils den linksradikalen Kreisen an.

Kommunistische Spindel.

Sozialdemokratischer Bezirkstag u. Moskauer Schnüffler.

Seit heute erscheint die „Rote Fahne“ wieder. Natürlich mit großem Fettdruck und allem gehörigen Tamtam: „Immer herein, spaziert, meine herrschaftlichen — hier ist des wilden Mannes Heimat!“ Selbstverständlich, daß der Inhalt der Wiedererfindungen von der ersten bis zur letzten Zeile ein einziges hysterisches Geschrei über die Sozialdemokratie und ihre Beauftragten darstellt. Unsere Parteigenossen aber wird vor allen Dingen die Tatsache interessieren, daß die Kommunisten Spindel in unseren eigenen Reihen haben, die ihnen Zuträgerdienste leisten, und daß diese Spindel auf dem Bezirkstag selbst anwesend waren! Nicht nur, daß sie einen eigenen, wenn auch verstümmelten und verdrehten Bericht über die dort gehaltenen Reden an ihr kommunistisches Organ ablieferen, sie sind auch in der Lage, den folgenden in der Verhandlung eingebrachten und nur einmal verlesenen Antrag im Wortlaut durch die „Rote Fahne“ veröffentlichen zu lassen:

„Die am 7. September 1923 versammelten Funktionäre der SED, in der Reichsdruckerei übermitteln dem Bezirksvorstand zur Weiterleitung an den Parteivorstand und den Bezirkstag am 9. September folgende Entschließung:

Der Versuch, durch eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien die Stabilisierung der Wirtschaft herbeizuführen, ist als endgültig gescheitert anzusehen. Die Welt ist ins Bodenlose gefallen; Lebensmittel- und Kohlenpreise sind unerschwinglich; Devisenlieberei und Wucher blühen. Die wertbeständige Entlohnung wird verhindert; dazu riesenhafte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Diese Tatsachen bestärken die Funktionäre der SED, in der Reichsdruckerei in der Auffassung, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr aufzuschieben ist und fordern daher von der Parteileitung:

1. Austritt aus der Großen Koalition.
2. Endgültiges Aufgeben der Koalitionspolitik und Austritt aller der Großen Koalition geneigten Führer aus leitenden Parteistellungen.
3. Sofortige Reubesehung der „Vorwärts“-Redaktion.
4. Bildung einer sozialistischen Regierung durch Partei und Gewerkschaften mit dem Programm:
 - a) Beendigung des Ruhrabenteuers durch sofortige Verhandlungen mit Frankreich und Belgien.
 - b) Erfassung der Sachwerte.
 - c) Auflösung der Reichswehr.

Von der Erfüllung dieser Forderungen hängt der Fortbestand der Partei und der Gewerkschaften ab. Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands erwartet von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine proletarische Tat.

gez.: Anton, SED, Reichsdruckerei.“

Dieser Antrag ist in seinem Wortlaut außer den Antragstellern, das heißt also den Funktionären unserer Partei in der Reichsdruckerei, nur dem Bezirksvorstand selbst bekannt. Da man nicht annehmen kann, daß im engen Bezirksvorstand ein Spion der Moskauer sitzt, werden unsere Genossen in der Reichsdruckerei, die solche Anträge stellen, einmal selbst Nachforschungen anstellen müssen, ob unter ihnen sich der Spindel befindet, der ihre eigene Partei an ihre schimmlichen Feinde verrät. Der Inhalt des Antrages, den die „Rote Fahne“ dreimal fälschlicherweise als angenommen erklärt, gibt uns zu Bemerkungen keinen Anlaß. Wir konstatieren nur die Tatsache, daß er zunächst nicht einmal die genügende Unterfertigung fand, um überhaupt zur Verhandlung zu gelangen. Erst bei einer wiederholten Abstimmung fanden sich die hundert Hände — bei rund 470 Stimmberechtigten! — zusammen, die den Antrag wenigstens der Verhandlung wert hielten.

Es ist nicht das erste Mal, daß von unserem Bezirkstag der „Roten Fahne“ ähnliche Spindeldienste geleistet worden sind. Im Frühjahr z. B. wurde bei der Fortsetzung des Bezirkstages ein handschriftlicher Antrag eingereicht, der bei großer Unruhe verlesen wurde. Im Bericht des „Vorwärts“ wurde er aus bestimmten Gründen überhaupt nicht erwähnt. Aber bald stand sein Wortlaut mit dem Namen des Antragstellers in der „Roten Fahne!“

Mögen die Genossen in innerparteilichen Fragen stehen wie sie wollen, sie werden mit uns der Ansicht sein, daß die Vereinigte Sozialdemokratie kein Asyl für kommunistische Spindel sein oder werden darf.

Der kommunistische Betriebsrätekongress.

Zu dem Bericht der „Roten Fahne“ über den Betriebsrätekongress ist das einzig Interessante die Angaben über seine Zusammenstellung. Nach der „Fahne“ waren vertreten an Koalitions-genossen:

„100 Parteiloje, 71 SPD, 14 USP, 1 Deutsche Volkspartei, ungefähr 45 Vertreter des Mittelstandes, 3 Vertreter der Kleinbauern.“

Die „Deutsche Volkspartei“ wird sich ja nun freilich ebenso sehr über „ihren“ Vertreter wundern wie der Mittelstand und die Kleinbauern. Aber bei Gott und der SPD ist kein Ding unmöglich. Dieses Proletarierblatt nimmt die Bundesgenossen, wo es sie findet. Selbst der frühere Korpsstudent und jetzige Studienrat, der aufs höchste entrüstet ist, daß er nicht mehr wie früher täglich ein Oberhemd wechseln kann, wird liebend umarmt. Und wer weiß, vielleicht kann dem Mann geholfen werden. Die „Speze“ werden ja bei der Sozialregierung gut bezahlt, besser als in Deutschland, und wahrscheinlich dort auch von dem Ertrag der Arbeit — der Arbeiterschaft. Warum sollen also sich nicht alle Unzufriedenen sammeln lassen unter der Parole, daß Sozialtrübsand auf den „Tag der deutschen Befreiung“ warte. Dann wird an die Stelle der verhassten „Großen Koalition“ die so viel schönere Koalition der Nationalisten und Bolschewisten treten.

Sächsische Differenzen.

Dresden, 11. September. (Ca.) Der Landesarbeitsaus-schuh der SED, hat in einem Schreiben an die SPD, abgelehnt, an der von Paul Böttcher für Montag im Landtagsgebäude einberufenen Landeskonferenz der proletarischen Abwehrformationen teilzunehmen. Die Abgabe wird in der ablehnenden Haltung der Bezirke Leipzig-Chemnitz in der Frage des gemeinsamen Selbstschutzes begründet. In einem weiteren Schreiben an den „kommunistischen“ Landesauschuh der sächsischen Betriebsräte hat der sozialdemokratische Landesarbeitsauschuh auch die verlangte Einberufung eines milden Kongresses der sächsischen Kontrollaus-schuhmitglieder abgelehnt. In beiden Fällen hatten die Kommunisten die Absicht, ihre ungeheuerlichen Klagen auf Bewaffnung der proletarischen Hunderttausenden und auf Verleihung des Beschlagnahme-rechts für die Kontrollauschüsse durchzusetzen.

Nur keine Steuern.

München, 11. September. (II.) Der bayerische Handels-kammertag trat gestern zu einer Vollversammlung zusammen, wobei gegen die neuen Steuergesetze scharfe Kritik geübt und die radikalste Erledigung von Stundungsgesuchen gefordert wurde. Der Handelsminister erklärte, daß die bayerische Regierung in Berlin alles unternehmen würde, eine Milderung der Gesetze zu erreichen.

Geschichten vom Tage.

Der Devisen-General.

Die Devisen werden erkaufte. . . Wie werden Devisen erkaufte? Man denkt an den blauen Schuhmann, an den pflaumenblauen, der mit weißen Wildlederhandschuhen den Verbrecher hinten erkaufte und ihn in dieser „Verpackung“ zum Polizeirevier transportierte. Es war einmal. . . Man wird die Devisen ebenso beim Widel nehmen und sie zu den anderen Staatsverbrechen tun. . . ohne Pflaumenblau und weißes Wildleder. Der große Polizeichef heißt Geheimrat Fellingner. Aus der Dunkelheit der Nacht tauchte der Herr Rat Fellingner, um mit magnetischer Kraft und großem Anziehungsvermögen alle Devisen zu fassen.

Man brennt die Frage in allen deutschen Gehirnen: „Wie sehen Sie aus, Herr Geheimrat? . . . Sind Sie ein schneidiger Herr? . . . Haben Sie die Kraft, die Bewilligungen und Flüche über sich ergehen zu lassen, oder sind Sie ängstlich, durch die Friedrichstraße ohne Panzer zu gehen?“

„Mut, Mut, Herr Geheimrat. . . eine Welt steht Ihnen offen und sämtliche Kassenkräfte. . . Nur leuchten Sie hinter die Schränke und leuchten Sie die Tapeten ab. . . Über auch jene in London, Sofia, Amsterdam.“

Völkerschicksale.

Es ist immer beruhigend, wenn das Schicksal der Völker vom grünen Tisch aus geregelt wird. Die Völker harren mit atemloser Spannung auf besagtes Schicksal (s. Völkerbund usw.).

Soll es Krieg geben?

Bibt es keinen Krieg?

Wie benimmt sich Mussolini? . . . Hat er Lust, loszubrechen oder sagt ihm Frau Mussolini: „Nieder Ramm, laß Griechenland noch einmal in Ruhe. . . siehe, auch in Athen lieben die Männer ihre Frauen, und fällt im Feld so ein teurer, sorgender Gatte, dann ist's schlimm um sie bestellt. . .“ Nicht nur vom grünen Tisch, auch vom Kaffeetisch aus wird der Krieg unterbunden. . . aber wenn eine Frau Mussolini zu Herrn Mussolini, dem Gatten, sagt: „Wir sind Italiener, wir sind beleidigt worden. . .“ Was dann, Mussolini?

Ach du lieber Herrgott, wer weiß, von welchen Zufälligkeiten und von welcher Laune beim Kaffee oder beim Abendbrot die Schicksale dieser Völker abhängen können!

Flucht.

Das Polizeipräsidium hat nicht genug Tinte, um allen Ausländern das Verbot zu schreiben für Paris, Rom und Stockholm.

Rum wissen die Fremdvölker, daß Berlin und das übrige Deutschland keine Gewinne mehr für das Portemonnaie/abwerfen können, daß die Preise für Lebensmittel teurer sind, als im Ausland. Rum hat die Liebe zu Fräulein Germania ein Ende.

Schluß der Vorstellung. . . Das Publikum strömt dem Ausgang zu. . . Die Operette war schön, aber eine Operette, die sich am Schluß zur Tragödie entwickelt, hat ihren Zweck verfehlt. Mögen die Bohnen bald billiger werden und der Salat, dann steht der Wiederkehr der ausländischen Magen- und Wohnungspetulantien nichts mehr im Wege.

Unser arbeitsloses Elend war das Vergnügen und eine Zeitlang der glückliche Wohlstand der anderen Völker Europas, Amerikas und Asiens.

Egon H. Straßburger.

Eine Frankfurter Kulturwoche. In dem Bewußtsein, daß nur das Volk verloren ist, das sich selbst aufgibt, traten kunstsinigende Kreise aus allen Parteien in Frankfurt a. D. zusammen, um die Erste ostmärkische Kulturwoche zu arrangieren, die am 8. September ihren Anfang nahm.

Weshalb „Ostmärkische Kulturwoche“? Bei Frankfurt a. D. durch die Abtrennung Pommerns und Westpreußens die Aufgabe übernommen hat, einen Grenzwall gegen polnische Herrschaftsgelüste zu bilden und angefaßt seiner Lage am ehesten geeignet ist, dieser Mission gerecht zu werden.

Eine künstlerische Morgenfeier im Theater brachte Ansprachen des Oberbürgermeisters und des Kunsthistorikers Dr. Gehrig-Berlin zur Einführung in die im gleichen Raum ausgestellten Kunstgegenstände. Die Ausstellung weist Werte namhafter Meister auf, die zum geistigen und kulturellen Leben der Ostmark in Beziehung stehen. Das Theater hat innen so gut wie außen einen neuen Anstrich von starker Farbenwirkung erhalten. Die Ornamentik des Schinkelsbaus trat niemals so plastisch in die Erscheinung wie nach diesem fähigen Eingriff in überleserte und überlebte Anstrichungen. Was von der Farbe beim Theater gilt, das ringt sich auch bei verschiedenen Schulbauten, Privatbauten und Siedlungen durch. Lebensbejahender Optimismus spricht daraus, und mit einem gewissen Stolz kann Frankfurt, das aus dem Gebiet des Siedlungswesens geradezu ein führender Stelle steht, von sich behaupten, in der inneren Ausstattung der Schulräume jeden Vergleich auszuhalten.

Bei der Eröffnung des neuen Sportplatzes erfolgten Ansprachen der Führer bürgerlicher und proletarischer Sportvereine, die die Unterschiede der Weltanschauung klar, wenn auch ohne Scharfherbertretzen ließen. Neben den Führungen durch die Siedlungs-bauten und die Bürgerkule wurden den auswärtigen Gästen die städtische Hofanlage, das städtische, noch grundtemt kaufmännischen Prinzip geleitete Sägewerk, das neue Industriegebiet gezeigt. Besucht wurde auch die Stätte umerwehlichen Brauens und Glens, das Heimkehrlager für ostmärkische Flüchtlinge. Hier haufen ein zusammengedrängt in armseligen Baracken unter denkbar günstigsten Voraussetzungen etwa 5000 unglückliche Menschen, von denen sich trotz aller Abstumpfung viele herausheben.

Den Abschluß bildete die Besichtigung der Marienkirche, dieses gewaltigen, schon im 13. Jahrhundert errichteten Bauwerks, und der wertvollen Bibliothek dieser Kirche. Sachkundige Führung erleichterte es, sich in dieser Ehrurdt in dieses Wunderwerk der Bautechnik hineinzufinden.

H. St.

Sittlichkeit und Salzsäure. In Chicago wendet sich der Zorn der belehrungssehrigen Prohibitionisten neuerdings gegen die Mode der nackten Frauenarme. Ihrem Eifer ist es auch bereits geglikt, bei verschiedenen Warenhäusern durchzusehen, daß die Verkäuferinnen nicht mehr mit ärmellosen Blusen ihres Amtes walten. Noch einen Schritt weiter ist man in der im nordamerikanischen Staat Georgia gelegenen Staat Athen gegangen. Hier hat sich unter dem Namen „Eiserer Christ“ eine Kampfgemeinschaft gebildet, die mit den energichsten Mitteln gegen die Busenauschnitte zu Feld zieht. Die Mitglieder dieser Genossenschaft tragen militärische Uniformen, und wie sie ihre Ziele verfolgen, geht aus der Tatsache hervor, daß kürzlich in einer der Hauptstraßen von Athen ein „Eiserer Christ“ die nackten Arme einer vierzehnjährigen Schülerin mit Salzsäure besog. Die Kleine erlitt schwere Brandwunden, ganz abgesehen davon, daß ihre Kleider ruiniert wurden. Der Eiserer aber suchte das Weiße und konnte leider entkommen.

„Koset die Kindlein zu mir kommen“ — sagte Christus. Vor den in keinem Namen Eisenband kann man aber den Kindlein nur raten, bei Zeiten die Flucht zu ergreifen. Sittlichkeitseifer und Per-versität gehen häufig Hand in Hand.

Russische Heimkehrer. Aus Estland wird geschrieben: Die große Schmach nach Rußland treibt jetzt immer neue Scharen in die russischen Gebiete zurück. Die Petersburger Eisenbahnzüge werden immer länger und menschengedrängter. Die meisten, die da in Kopflosigkeit heimkehren, sind vor der bolschewistischen Welle geflohen, sind arm und bloß nach Finnland, Schweden, Norwegen und Estland gekommen und haben dort Gostfreundschaft genossen. Nun schwebt ihnen Rußland wieder als das große heilige Rußland vor, wo man alle Höhen und Tiefen des Lebens erlebt und heute Bettler, morgen ein Glücksritter sein kann. Nach Rußland ziehen auch die Deuschbrussen, die durch Engherzigkeit und Geschicklichkeit rasch vorankommen und die der Stadtrusse als Mitbruder erträgt oder sogar schätzt. Die Vorsichtigen lassen ihre „Borposten“ auswandern, um auszukundschaften, ob schon Behaglichkeit und Reichtum in breiteren Volksschichten gedungen ist so daß den Ermerbenden das Brot für die nächste Zukunft gesichert ist. Zu den neuen Auswanderern zählen die Osten, die anfangen, lieber Russisch zu lernen als Deutsch. Der Reiz des Reuen, ein wenig Abenteuertraude — bei den Jungen — ist Haupttrieb.

Cervantes und das deutsche Volk. Der unter dem Ehrenwort des Königs von Spanien stehende „Nationale Ausschuh für die Errichtung eines Cervantes-Denkmals in Zofoso“ hat den Reichspräsidenten zum Ehrenmitglied des Ausschusses ernannt. In dem Bescheidreiben ist zum Ausdruck gebracht, daß bei der Errichtung dieses Denkmals, das edle Deutschland, die Wiese so erleuchteter Geister und der Mittelwelt so groß ruft, das Land, wo man das unsterbliche Werk Cervantes mit so viel Liebe pflegt, nicht vergessen sein soll. Der Reichspräsident hat die Ehrenmitgliedschaft mit herzlichem Dank für die dem deutschen Volk so bezeugte freundliche Gesinnung angenommen.

Das Theater in der Kommandantenstraße eröffnet am Mittwoch mit der Uraufführung der Operette „Galle“ von Georg Olonowski und Richard Bars, Kupf von Walter B. Gorge.

Reichswehr vor Gericht.

Der übliche Gang: Beschwerdeführer vor Gericht.

Am August vorigen Jahres berichteten wir über gewisse monarchistische Umtriebe im Reichswehrregiment Nr. 18 in Paderborn und veröffentlichten dabei eine von Angehörigen des Regiments gemeinsam eingereichte Beschwerdeschrift an die zuständigen Behörden. Auf Grund des Vormärtsartikels waren die dort beschriebenen Vorgänge Gegenstand der Prüfung des 40. Ausschusses des Reichstages. Die Folge unserer Mitteilungen war, wie vorauszu sehen, ein strafrechtliches Einschreiten nicht gegen die beschuldigten Offiziere und ihre Helfer, sondern gegen — die angeblichen Verfasser und Unterzeichner einer Beschwerdeschrift, in der diese monarchistischen Umtriebe zur Anzeige gebracht waren.

In der letzten Woche hatten sich, wie uns jetzt aus Paderborn berichtet wird, fünf Angehörige des Regiments vor der dortigen Strafkammer zu verantworten, weil sie „unbefugt zu einer gemeinsamen Vorstellung und Beschwerde über militärische Angelegenheiten und Einrichtungen Unterschriften gesammelt“ hätten. Das Verfahren war eingeleitet, trotzdem der Reichswehrminister vor dem Reichstagsausschuss zur Prüfung dieser Vorgänge die Versicherung abgegeben hatte, daß gegen die Mitunterzeichner der Beschwerde gerichtlich nicht eingeschritten sei.

Vor Beginn der Beweisaufnahme wies der Verteidiger Rechtsanwalt Daltrup aus Bielefeld darauf hin, daß die Angeklagten auf Grund des Artikels 126 der Reichsverfassung das Recht zur Beschwerde gehabt hätten, wonach jeder Deutsche sich schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständige Behörde und an die Volkvertretung wenden und dieses Recht sowohl von einzelnen, als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden könne. Im übrigen seien die Angeklagten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik sowohl berechtigt, wie verpflichtet gewesen, die bekannten Vorfälle, die nach diesem Gesetze strafbar waren, zur Anzeige zu bringen. Für die Wahrheit der behaupteten Vorfälle und damit für ihre Strafbarkeit und ihre Anzeigepflicht trat der Verteidiger den Wahrheitsbeweis durch Benennung von über 30 Zeugen, darunter des Reichswehrministers selbst, an.

Die Strafkammer ließ es aber zu einer Beweiserhebung nicht kommen, sondern billigte den Antrag des Staatsanwalts, den Strafantrag des Staatsanwalts in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Verteidigung das Recht aus Artikel 126 der Reichsverfassung zu und sprach die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Nur ein Angeklagter erhielt, weil er auf Befragen seines Vorgesetzten der Wahrheit zuwider den Inhalt der Beschwerdeschrift geleugnet hatte, wegen „Belügens seines Vorgesetzten“ eine geringfügige Strafe.

Nach diesem Entscheid der Strafkammer ergibt sich folgendes Bild:

Wohl Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Eröffnungskammer das freie Petitionsrecht des Artikels 126 nicht gekannt oder es doch den Angeklagten nicht zugestanden hatten, ist gegen diese seit über einem Jahr eine zeit- und geldraubende Untersuchung geführt worden. Der angebliche Verfasser der Beschwerdeschrift, in der die monarchistischen Umtriebe aufgedeckt wurden, hat 4 Monate in Untersuchungshaft gesessen! Er ist inzwischen aus der Reichswehr entlassen worden, während die nun ihm angezeigten Personen noch heute die Reichswehr zieren, trotzdem der Untersuchungsausschuss des Reichstages bereits einen sehr erheblichen Teil der Verfehlungen festgestellt hat, deren Feststellung im übrigen durch das Gericht aus den oben erwähnten Gründen leider nicht erfolgen konnte.

Daß Reichswehrregiment Nr. 18 in Paderborn hat sich im übrigen einen Namen dadurch gemacht, daß es am 27. Juni 1922 mit klingendem Spiel durch Kassel zog und die Totenfeier für den ermordeten Minister Rathenau störte. Trotz Erfindens der Kesseler Bürger stellte es das Spiel nicht ein, wogegen sich in einer gemeinsamen öffentlichen Beschwerde die sozialdemokratische, demokratische und die Zentrumspartei wandten. Wenn nun wirklich die in der feierzeit veröffentlichten Anzeige beschuldigten Paderborner Monarchisten noch immer im Dienst sind, so würde das allerdings kaum in den Rahmen jener Reichswehr passen, der der Reichspräsident am Verfassungstag sein Vertrauen aussprach.

Eine Verdächtigung.

Aus Apenrade schreibt uns Genosse Dr. Breitscheid: In einer ihrer letzten Nummern, die mir nach Dänemark nachgeschickt wurden, hat die „Deutsche Wg. Ztg.“ einen Brief ihres Londoner Korrespondenten veröffentlicht, in dem ein gegen die auswärtige Politik Stresemanns gerichteter Artikel des „Daily Telegraph“ auf mich zurückgeführt wird. Zwar trägt der Korrespondent nicht meinen Namen zu nennen, aber er macht Andeutungen, die nur auf mich zu beziehen sind.

Ich stelle fest, daß ich mit dem angeführten Artikel des „Daily Telegraph“ weder direkt noch indirekt das allergeringste zu tun habe. Ich habe in einer Reihe von Versammlungen, in denen ich hier in Dänemark sprach, den Reden Stresemanns über die auswärtige Politik ausdrücklich zugestimmt, und es wäre, von allen anderen abgesehen, eine Unmöglichkeit gegen die eigene Partei, wenn ich eine Gegenrede dazu einem englischen Blatt Material gegen diese Politik liefern würde. Wenn der Korrespondent der „D. W. Z.“ die Behauptung aufstellt, ich hätte bei Beginn der Ruhrbesetzung den deutschen Widerstand durch allerlei Zeitungsmannöver zu schwächen versucht, so ist das eine weitere Unwahrheit; und wenn er davon spricht, daß ich gern Minister des Auswärtigen werde möchte, so ist das eine lächerliche, die höchstens mit ganzlicher Unkenntnis der Verhältnisse entschuldigt werden kann.

Die Förderung der Italienkohle.

Bedingungen der Belegschaften.

Dues, 11. September. (II.) Eine außerordentliche Belegschaftsverammlung der Jache „Bergmannsglad“ beschloß sich mit der Wiederaufnahme der Kohlenförderung für Italien. Unter folgenden Bedingungen soll diese Wiederaufgenommen werden: 1. Für die gelieferten Kohlen sollen Lebensmittel beschafft werden. 2. Dem Abtransport der Deputationskohlen dürfen durch die Befolgungsmächte keine Schwierigkeiten bereitet werden. 3. sollen wertvolle ständige Löhne gezahlt werden.

Rückkehrer in französischer Regie.

Dortmund, 11. September. (II.) Die Franzosen haben auf den Jachen I und II und Viktor I bis IV, alle zum Rückkehrkonzern in Raugel gehörig, damit begonnen, die Kohlenförderung in eigene Regie zu nehmen. Etwa 400 meist polnische Arbeiter haben sich auf Viktor I und II zur Arbeit zur Verfügung gestellt, die, wie es scheint, unter französischen Ingenieuren an die Förderarbeit herangehen. Gleichzeitig sind etwa 30 Wohnungen, die von Zechenbeamten bewohnt waren, zwangsweise geräumt worden. Die Inhaber wurden mit ihren Familien ausgewiesen.

Nochmals der Devisen-Jüngling.

„Landgraf, werde hart!“ möchte man dem Devisendiktator zurufen angesichts der schmachvollen Zustände, die sich in der Devisenspekulation aufgetan haben. Daß in dem besetzten Gebiet Menschen existieren, die auf Grund der von der wertlosen Masse aufgebrachtten Unterstüpfungen sich bestreben, den Dollar hochzutreiben — um den eigenen Säckel zu füllen — ist ein ebenso beschämendes Zeichen der Zeit, wie die Tatsache, daß noch immer Goldstücke verborgen gehalten werden, die dabei doch zu einem mächtigen Preise von der Regierung eingelöst werden. Mit Recht muß es Erbitterung bei dem anständig denkenden Teil des Volkes hervorrufen, daß man diesen — man kann dreißig sagen — Vaterlandsverrättern eine Prämie für ihre Habgier zahlt. Es scheint ja nun endlich anders zu werden, und die heuchlerischen Klagen, daß nun erst recht die fremden und Goldwerte verborgen bleiben dürften, verraten wohl nur das schlechte Gewissen. Es ist völlig richtig, daß heute jedes ausländische Geld und Wertpapier der Regierung zur Verfügung gestellt werden muß, damit gegen die Spekulation ein Damm errichtet werden kann. Die Jünglinge, gereifte Männer und Frauen, die sich ihres Besitzes an Dollar, Gulden und Kronen brüsten, bringen wahrlich kein Opfer, wenn sie ihre Schätze abliefern — wird ihnen doch der volle Gegenwert in wertbeständiger Valuta gezahlt. So manches Geheimnis wird sich in den nächsten Tagen lösen — und „der Teufel lacht dazu“.

Aushebung einer Falschgeldfabrik.

Der Wächter bei den Zweimillionenscheinen.

Der Buchdrucker Kähler, der in der Stralauer Str. 54 eine Druckererei betrieb, wurde als Falschgeldhersteller erfaßt. Nach Schluß seiner sonstigen Arbeiten unterhielt er gemeinsam mit einem Lithographen Behin aus der Kopenhagener Straße einen Nachtbetrieb, in dem die beiden 2-Millionen-Scheine herstellten. Den Stein dazu hatte Behin geliefert.

Kähler hatte, um sich seinen Arbeitern nicht zu verraten, im zweiten Stock des Hauses einen Raum gemietet und hier den Stein und seine Druckerzeugnisse untergebracht. Um sie auch nachts bewachen zu können, hatte er in dem Räume, in dem es überaus feucht, aus Brettern eine Bettstelle roh zusammengezimmer. Als die Beamten bei ihm anklopften, fanden sie kein Geheiß. Sie öffneten nun mit Gewalt und sahen Kähler in seinem Beistand liegen. Er behauptete, daß er geschlafen und kein Klopfen gehört hatte. In der Bude lagen auf einem Tische außer dem Stein 731 Bogen zu je 25 2-Millionen-Scheinen. Die Fälscher waren noch nicht dazu gekommen, diese Bogen in einzelne Scheine zu schneiden. Der ganze Vorrat, 47 Milliarden und 782 Millionen, wurde beschlagnahmt. Kähler und Behin wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Im Verkehr sind vielfach etwa 500-, 100- und auch 100-Mark-Scheine ausgegeben, deren Wert nach Art des Stadtnotgeldes durch Ausdruck auf 20 Millionen erhöht worden ist. Die Reichsbank macht ausdrücklich bekannt, daß keine einzige Reichsbanknote derartig durch Ausdruck aufgehört worden ist. Auch Notgeld der Banken, Bankchecks, zu deren Ausgabe als Notgeld die Banken zur Zeit der Geldnot die Berechtigung erhielten, werden gefälscht. Mitteilungen über das Auftreten dieser gefälschten Schecks nimmt Kriminalkommissar Linemann im Polizeipräsidium entgegen. Jeden Verräter sollte man gleich festnehmen lassen.

Die Aushungerung der Großstädte.

Auf dem Kartoffelmarkt ist gegenwärtig eine neue Haufe in Sicht. In den letzten Tagen wurde in Berlin das Pfund Kartoffeln durchschnittlich mit 110—120 000 M. verkauft, ein Preis, der in einzelnen Stadtteilen sogar überschritten wurde. Dabei gab der Kleinhandel höchstens Mengen von 10 Pfund ab, während bei Verkäufen von einem Zentner und darüber häufig auch ein Preis von 140 000 M. verlangt und gezahlt wurde.

Diese Preise werden jedoch schon in den nächsten Tagen, wie uns von zuständigen Seite mitgeteilt wird, erheblich überholt werden. Die Landwirte verlangen jetzt für den Zentner Kartoffeln den fünften Teil des Roggenpreises, der bereits 60 Millionen überschritten hat. Der Großhandel muß also auf dem Lande jetzt schon für die Kartoffeln 120—125 000 M. anlegen. Hierzu treten die Frachtpfeifen, Unkosten, Verdienstpfeifen usw., so daß in ganz kurzer Zeit mit einem Kartoffelpreis von 200 000 M. im Kleinhandel gerechnet werden muß. Dabei wird die Kartoffel nach wie vor von den Landwirten zurückgehalten und alle Aufrufe der Spitzenverbände haben nicht vermocht, die Produzenten zu einer größeren Ablieferung zu veranlassen. Die Kartoffelknappheit wirkt sich jetzt in Berlin ganz besonders drückend aus, da die Stadt Berlin nicht wie in den vorhergehenden Jahren in der Lage ist, aus ihren eigenen Beständen Ware auf den Markt zu bringen und so einen Preisdruck auszuüben. Die der Stadtverwaltung aus den Rieselgütern und den anderen verpackten Gütern zustehenden Erträge an Kartoffeln dienen in erster Reihe dazu, die städtischen Kantinenküchen und Fürsorgeanstalten zu beliefern, ganz abgesehen davon, daß der Ertrag der Rieselgüter für den Rieselbedarf der Stadt Berlin nur einen winzigen Beitrag darstellt.

Sturmjahren auf den Postämtern.

Standards sind die Zustände, die zurzeit auf verschiedenen Postämtern herrschen. Seit Tagen gibt es keine Briefmarken mehr. Die an sich nicht großen Bestände sind, weil es sich in der Hauptsache um Marken mit Leberdruck handelt, von Händlern und Viehhändlern aufgekauft worden, die damit später ihre Geschäfte machen und großen Verdienst einheimen werden. Wie überall, so auch hier ein trauriges Zeichen von unserer Zeiten Schande, wo jeder nur an sich denkt und wie er den lieben Nächsten überreden kann. Da sich am Montag, weil es immer noch keine Briefmarken gab, stürmische Szenen bei den Postämtern abspielten, ist man dazu übergegangen, an einer bestimmten Stelle der Postämter Briefe und Postkarten mit einem Wertstempel zu versehen. Und in janger Reihe steht das Publikum und wartet, bis es abgefertigt wird.

Kostspielige Baupolitik.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Seit Wochen steht man die Vorbereitungen zum Bau eines Finanzamtes neben dem neuen Rathaus in Schöneberg. Die Einräumung ist fertig, Bau- und Materialbuden stehen bereits, die erforderlichen Mauersteine umgrenzen in langen Reihen den Bauplatz, Zement ist in vielen Wagenladungen angefahren, Plan und Projekt scheinen demnach vollständig abgeschlossen zu sein. Wirklich, nachdem bis jetzt feierhaft gearbeitet wurde, ruht jede Tätigkeit. Seit 14 Tagen tauschen Gerüchte auf, daß der Bau in Bilmersdorf ausgeführt werden soll. Dadurch müßten alle für den Schöneberger Bauplatz getroffenen, mit außerordentlich hohen Kosten getroffenen Maßnahmen rückgängig gemacht und Transporte mit Milliardenausgaben ausgeführt werden. Unter der Vorgesellschaft hat eine allgemeine Verunsicherung Platz gegriffen und man fragt sich, was an dem Gerücht Wahrheit ist. Vielleicht gibt der Finanzminister über diese heute etwas kostspielige Baupolitik Aufklärung.

Monatliche Umsatzsteuerzahlungen.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin gibt nochmals bekannt, daß diejenigen Steuerpflichtigen, deren Umsatz im Kalenderjahre 1922 nach ihrer Erklärung — oder soweit eine höhere Veranlagung erfolgt ist, nach dieser — den Betrag von 1,5 Millionen übersteigen hat, nunmehr immer bis zum 10. des folgenden Monats ihre Umsatz- und Zugsteuer für die Umsätze des vorangegangenen

Monats an die zuständige Finanzkasse abzuführen haben. Auf einem Begleichenschein bzw. dem Zahlartenabschnitt ist dabei gleichzeitig die Höhe des Umsatzes mitzuteilen. Die Finanzämter sind angewiesen, gegen diejenigen, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sofort zwangsweise vorzugehen und dabei auch die bereits verwirkten Bezugspflichten (jeweils das Bierfache des Steuerrückstandes für jeden angefangenen halben Monat) einzuziehen.

Das Glaubensbekenntnis des Steuerzahlers.

Als „Preisräfel“ schickt ein Leser unseres Blattes uns die Anfrage, zu welchem Zweck das städtische Steueramt am Bülowufer bei der Auslieferung eines Steuerbuches nach dem Glaubensbekenntnis des Steuerzahlers forscht. Er zweifelt, ob das nur geschieht, damit die Beamten für ihr Gehalt auch reichliche Arbeit leisten, oder ob dieses Verfahren „in den auf Religion bezüglichen Grundfragen der Verfassung der deutschen Republik verankert“ ist. Mit beiden Lösungen seines „Preisräfels“ hat der Spötter vorbereitet. Wir antworten ihm öffentlich, weil wir bei dieser Gelegenheit einem weit verbreiteten Irrtum entgegenzutreten wollen.

Es ist richtig, daß in der Verfassung der deutschen Republik steht: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.“ Aber (sogleich dahinter steht nach der folgende Satz: „Die Behörden haben nur so weit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.“ Von der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft hängt z. B. die Pflicht der Kirchensteuerzahlung ab, und dies ist auch der Grund, aus dem die Steuerbehörde nach dem Glaubensbekenntnis fragen darf und fragt. Zu antworten braucht man auch hier nicht, denn aus der Verfassung folgt nur das Fragerecht der Steuerbehörde, nicht eine Antwortpflicht des Steuerzahlers, dessen Recht der Antwortverweigerung in dem ersten Satz „verankert“ bleibt. Doch darf der Steuerzahler sich nicht wundern, wenn dann die Steuerbehörde bei ihm nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft vermutet und er unter Benennung irgendwelcher anderen Inhaltspunkte zur Kirchensteuer veranlagt wird. Irrige Veranlagungen sind aber nicht nur für die Beamten der Steuerbehörde, sondern auch für die irrig veranlagten Nichtsteuerpflichtigen eine Quelle großen Verdrußes, weil sie unnütze Arbeit machen und Verluste von Zeit und Geld bringen. Die Lösung des „Preisräfels“ ist also die, daß die Steuerbehörde nach dem Glaubensbekenntnis des Steuerzahlers fragt, weil das den auf die Religion bezüglichen Vorschriften der Verfassung nicht widerspricht und weil den Beamten unnütze Arbeit sowie den Steuerzahlern unnütze Zeit- und Geldverluste erspart werden sollen.

Daß wir im übrigen die Bedienung des Kirchenbuchs durch die Steuerbehörde grundsätzlich verworfen, ist im „Vormärts“ oft gesagt worden. Es sollte den Kirchengemeinden selber überlassen bleiben, sich darum zu kümmern, wer ihre Mitglieder sind und wie sie von ihnen die Beiträge zum Unterhalt der Kirche eintreiben.

Arbeiter-Abstinenz-Internationale.

Gelenklich der Alkohol-verbotskonferenz trafen sich in Hamburger Gewerkschaftshaus die Vertreter der Arbeiterabstinenzbünde der meisten Länder und gründeten eine Internationale, um die Kräfte zusammenzufassen und sich gegenseitig zu fördern. Das Internationale Bureau haben die österreichischen Genossen in Wien übernommen. So tritt dem international organisierten Alkoholabstinenten jetzt auch erfreulicherweise die geschlossene Front der sozialistischen Alkoholgegner aller Länder gegenüber.

Ehrentage der Kleingärtner.

Der Pflanzerverein Jungfernhöhe in Weihenstephan feierte am letzten Sonntag sein Erntefest in würdiger Art, indem es 20 alte und bedürftige Leute des Bezirks mit Ertragnissen seiner Gartenarbeit reichlich beschenkte.

Der Preis der Speisen aus der städtischen Volksspeisung für eine ganze Portion mußte auf 178 000 M. und für eine halbe Portion auf 88 000 M. erhöht werden.

Der Wiederaufbau des Erdbebengebiets.

Die japanische Regierung hat nach einer Meldung aus Osaka beschlossen, für den Wiederaufbau der durch das Erdbeben zerstörten Gebiete die Summe von 530 Millionen Yen, die dem augenblicklichen Kursstande entsprechend ungefähr 42 Milliarden französische Franc ausmachen, zu verwenden. Die Regierung glaubt trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten den Wiederaufbau mit dieser Summe durchführen zu können.

Der amerikanische Gesandte in Tokio, Woods, telegraphierte gestern nach Washington, daß in Tokio eine Fieberepidemie ausgebrochen sei. Woods erbat von der amerikanischen Regierung unverzüglich eine Million Dollar, um der japanischen Bevölkerung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln zu Hilfe zu kommen.

In Sanjo bei Tokio wurden in den großen Bekleidungsfabriken 30 000 Leichen gefunden. Tausende sind bei der Feuersbrunst verbrannt.

Einzelheiten zum Erdbeben in Ostindien. Aus Kalkutta wird gemeldet, daß das Erdbeben am 10. September früh um 3,57 Uhr einen Teil Ostindiens erschütterte. Die Stöße waren in der Gegend von Assam am heftigsten und wurden von starken Detonationen begleitet, zumal in der Gegend von Rimensig, das 650 Kilometer östlich von Kalkutta liegt. In Rimensig stürzten die meisten Häuser zusammen und begruben die Einwohner unter sich. Im ganzen wurden 50 Personen getötet oder verwundet. In Kalkutta selbst dauerten die Erdstöße eine Minute. Bedeutender Sachschaden ist nicht zu beklagen. Man glaubt, daß die Erschütterungen in den Bergen Khasi bei Assam ihren Ursprung haben.

Chinesische Seeräuber. Nach einer Hapasmeldung aus Hongkong haben 50 chinesische Räuber, die an Bord des Dampfers „Hsinshang“, der den Dienst zwischen Kanton und Hongkong versieht, Käse genannt hatten, am Sonnabend den englischen Kapitän und die Mannschaft überrascht und eingesperrt. Die Räuber stüchelten mit einer Beute im Werte von mehr als 20 000 Dollar und führten zwei Mann der Besatzung und neun chinesische Passagiere mit, um Lösegeld zu erpressen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Nach etwas neblig, sonst trocken und aberwiegend heiter, bei wenig gesteigter Temperatur und meist schwachen vorherrschend westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 12. September.

- 17. Abt. 7 Uhr, Abteilungsversammlung Schulhaus Regier. Str. 17/18, Vortrag: „Partei und Gewerkschaften“, Ref. Gen. Feilgenag.
- 18. Abt. 7 1/2 Uhr, Abteilungs-Gruppe 1 bei Schmidt, Marienburger Straße 48; Gruppe 1a bei Absner, Jannaschstraße 25; Gruppe 2 bei Singer, Zeitungsstraße 6; Gruppe 3 bei Müller, Rangierstr. 14.
- 19. Abt. 7 1/2 Uhr, Abteilungs-Beirat 908—924 bei Frau. Zeitungsstraße 71; 925—928 bei Frau. Schillmannstr. 28; 929—947 Schulhaus Dantestrasse 66; 948—970 bei Rothhaus, Schillmannstr. 37.
- 20. Abt. 7 Uhr, Abteilungs-Gruppe für die 1. Wahlbezirk: 208—226 bei Wagner, Stralauer Allee 91; 227—241 und die Bezirke Stralau bei Hoffmann, Stralauer Allee 17. Am Donnerstag, den 13. Sept. ist die Besetzung der Bahn Arbeiter Str. und die anstehenden Erträge bei Jurek, Rosenkranzstr. 28.
- 21. Abt. Die Abteilungs-Beiräte sollen aus, dafür findet eine Abteilungsversammlung in der Schulhaus Dantestrasse Str. 66, abends 7 Uhr, statt. Referat des Genossen 887 über: „Partei und Gewerkschaften“.

Gewerkschaftsbewegung

Die hohen Löhne.

Gegenüber den kühnen Behauptungen der Unternehmer und ihrer Presse von den übertriebenen Friedenslöhnen, die die Arbeiter bekommen, von den allzu hohen Steuern, die sie auferstehen lassen, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, geben wir folgender Schilderung Raum, die uns ein Genosse schickt, der in einer Berliner Möbelfabrik arbeitet:

Ich arbeite in einem Betrieb im Herzen der Möbelindustrie. Der Unternehmer hatte das Glück, nicht in den Krieg ziehen zu brauchen. Er ließ Granaten- und Patronenfabriken bauen, verdiente daran ein Vermögen, wie alle Kriegsgelieferanten, und begründete hiermit seinen Reichtum. Nach der Revolution wurden wieder Möbel fabrikt. Das Geschäft ging im allgemeinen sehr gut. Im Lande kauften die Agrarier und die Bauern alles Erdendliche an Möbeln ein. Einrichtungen, an die kein Mensch auf dem Lande vorher dachte, fanden jetzt Platz in den Bauernhäusern. Was nicht im Lande blieb, ging ins Ausland. Die niedrigen Arbeitslöhne schlugen jede Konkurrenz. Bis 1920 ein Kompagnongeschäft, konnte nun eine Teilung des Gewinnes vor sich gehen. Das Unternehmen selbst übernahm der jetzige Inhaber. Ihm verblieb nimmere ein Betrieb von 45 Hobelbänken, ziemlich 10 Bildhauern, 12 Beizern und Polierern, 6 Maschinenarbeitern, 6 Arbeitsburden, 8 Angestellten. Hierzu die erforderlichen Maschinen, Leimpresen usw. und einen Vorrat an Holz, Furnieren, Leim usw. Nach und nach verringerte sich das Arbeitsgebiet. Die Ursachen sind bekannt. Die Bauern waren gesättigt, oder konnten nichts mehr unterbringen. Arbeiter, Beamte und Angestellte konnten nichts kaufen. Vom Ausland wurde die Einfuhr erschwert. Der Betrieb wurde eingeschränkt. Gegenwärtig sind noch beschäftigt: 10 Tischler, 2 Bildhauer, 3 Maschinenarbeiter usw. Die Geschäftskosten, Miete, Heizung, Licht, Angestellte, von denen noch niemand entlassen war, stiegen pro Kopf der Belegschaft immer höher. Doch es brauchte nicht damit gerechnet werden, der Gewinn stieg immer noch überreichlich.

Wohin damit? Die Mark sank. Also wurde Rohmaterial gekauft. Wachslos, planlos. Die Holz- und anderen Preise stiegen ins Unermessliche. Aber es konnte bezahlt werden. Unser Unternehmer verfügt über umfangreiche Kellereien. Sie sind bis zur Decke vollgepfropft von Hälzern, Furnieren usw. Doch die Räume langten nicht zu, den Reichtum zu bergen. Auf dem Hofe sind noch Stöße von Holz aufgeschichtet. Ebenso groß sind die Bodenräume. Auch hier ein Vorrat an Eisenmaterial, wie Schloßer, Schrauben, Nägel, Sandpapier, Leim und dergleichen aller Art auf Jahre hinaus.

Dagegen bekamen die Beurling, als eine Straßenbahnfahrt schon 100 000 M. kostete, 20 000 bis 60 000 M. Wochenlohn. Wie groß muß der Gewinn des Unternehmers an dem einzelnen Arbeiter sein, wenn bei jetzt bald zweijähriger fortwährender Verringerung der Belegschaft die Aufzählung dieses Reichtums an Rohmaterial und Halbfabrikaten nur sich geben konnte. Was an Dividen oder anderen wertvollenden Anlagen vorhanden ist, wird nur der Unternehmer selbst wissen. In Friedenszeiten konnte sich ein Tischlermeister nicht drei Monate lang halten bei Dreiviertelbelegung seiner Bänke.

Die Unternehmer sagen, sie könnten bei der kommenden Steuerlast nicht existieren. Man könnte ihnen nicht zumuten, mit Defizit zu arbeiten. Wir aber arbeiten schon jahrelang mit Defizit. Da fragt kein Unternehmer, kein Staat, keine Steuerbehörde nach. Wir wären nicht imstande Reuanischaffungen zu machen und das Alte ist verbraucht. Wir stehen gegenüber dem Nichts. Wir leiden uns in Pumpen und leben von Erfolg.

Drei Tage in der Woche wird jetzt in unserem Betriebe gearbeitet. Viele unserer Kollegen sind gänzlich entlassen. Arbeitslos, weil die Unternehmer angeblich kein Geld zum Lohnauszahlen haben und ihre aufgeregten Reichtümer nicht angreifen wollen. Zehn 25-Millionen Mark haben wir in dieser Woche bekommen bei einem Schmalzpreis von 8 Millionen das Pfund. Haben wir Arbeiter unser leichtes Hemd hingegeben in den vergangenen Jahren, so sollen die Unternehmer von ihrem aufgeregten Reichtum abgeben müssen, damit die Löhne aufgebessert werden, die Kaufkraft des Volkes gehoben wird, daß wieder Arbeit und Absatzmöglichkeit im Lande geschaffen wird.

Aus dem Lande des Faschismus.

Um den Konflikt in der Seemannsorganisation zu lösen, hat d'Annunzio im Einvernehmen mit den Matrosen einen Vertrag verfaßt und eine Sitzung bei sich in Gardone einberufen und die Vertreter der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen zwecks Regelung und Unterzeichnung des Vertrages eingeladen. Es erschienen aber in seiner Villa nur die Arbeitervertreter unter Führung des Kapitäns Guilletti. Die Arbeitgeber erklärte dem Regierungskommissar der Handelsmarine, Abgeordneten Ciano, sich nicht nach Gardone begeben und mit Guilletti nicht verhandeln zu wollen, sowie den von d'Annunzio verfaßten Vertrag energisch zurückzuweisen.

Ein Teil der faschistischen Presse eröffnete eine heftige Kampagne gegen d'Annunzio und die Seemannsorganisation und verlangt, daß die Regierung „faschistisch“ intervenieren solle, um in diesem Augenblick, wo die italienische Marine ihre glorreiche Stellung an den griechischen Küsten zu bewahren habe und am Vorabend der Lösung der humanen Frage stehe, einen solchen gefährlichen Zwist in der Nation zu vermeiden. d'Annunzio wird zur Nachgiebigkeit gemacht, die Sache ist aber ziemlich kompliziert, da Mussolini sich d'Annunzio gegenüber verpflichtet hat, seinen Vertrag sogar in Form eines förmlichen Dekrets zu sanktionieren, falls die Unternehmer ihn nicht freiwillig annehmen sollten.

Kartonnagen- und Buchbinderlöhne.

Mit dem Verband der Kartonnagenfabrikanten sind für die Woche vom 7. bis 13. September neue Löhne vereinbart worden. Diese betragen für Berlin in tausend Mark für Facharbeiter 1800 M., Hilfsarbeiter 1656 M., Facharbeiterinnen 1135 M. und für Hilfsarbeiterinnen 1078 M. Der Akkordzuschlag beträgt 64 Proz.

Die mit dem BDB vereinbarten Löhne betragen in tausend Mark pro Stunde für Gehilfen 1768 M. und für Arbeiterinnen 1105 M. Der Akkordzuschlag beträgt 39 376 000 Proz. oder das 393 760fache der Preise des Akkordtarifs.

Löhne im Ofenschlaggewerbe.

Der Stundenlohn für Ofenschlager in Groß-Berlin beträgt für die Zeit vom 30. August bis 5. September 1300000 Mark, vom 6. September bis 8. September 2000000 Mark, vom 9. September bis 15. September 2200000 Mark. Bei Akkordarbeiten die dementsprechenden prozentualen Teuerungszuschläge. Träger auf Bauten erhalten den Stundenlohn der Gesellen. Für jugendliche Hilfsarbeiter gelten folgende Richtlinien. Im Alter von 14 bis 16 Jahren 25 Proz., über 16 bis 18 Jahre alt 33 1/2 Proz., über 18 bis 21 Jahre alt 45 Proz., über 21 Jahre alt 55 Proz. des jeweiligen Stundenlohnes der Gesellen. Die Arbeitgeber haben in ihrer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. August 1923 folgendes für die Entlohnung der Beurlinge beschloffen: „Als Mindestentlohnung für Beurlinge gelten vorläufig folgende Richtlinien: Im ersten Jahre drei, im zweiten Jahre fünf, im dritten Jahre sieben, im vierten Jahre neun Gesellenlohnstunden wöchentlich.“ — Anfang der nächsten Woche findet eine Mitgliederversammlung der Fachgruppe der Töpfer statt, die sich eingehend mit den Organisations- und Vertriebsbestrebungen eines Teils von Kollegen beschäftigen soll. Zu dieser Versammlung hat der Kollege Barisch-Hamburg das Referat übernommen.

Reichsausschuß und Deutscher Landarbeiterverband.

Der Reichsausschuß und der Deutsche Landarbeiterverband wird uns gefachrieben:

Die Öffentlichkeit wurde kürzlich von der Bildung eines Reichsausschusses der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmerverbände mit dem Sitz in Berlin, Zuhlenstr. 88, unterrichtet. Dieser Reichsausschuß stellt lediglich eine Vereinigung der auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften arbeitenden land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmerverbände dar. Die größte Landarbeiterorganisation Deutschlands, der freigewerkschaftliche Deutsche Landarbeiterverband, steht der Gründung fern. Dasselbe trifft für die freigewerkschaftliche Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten zu. Wir stellen dies fest, um zu verhindern, daß die freigewerkschaftlichen Landarbeiter- und Angestellten-Organisationen bei der Abgabe von Gutachten an Behörden in der Annahme ausgeschaltet werden, der genannte Reichsausschuß umschleife alle land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer-Organisationen Deutschlands. Zu der Befürchtung liegt um so mehr Veranlassung vor, als uns bekannt ist, daß der christliche Landarbeiterverband, der den Namen „Zentralverband der Landarbeiter“ trägt, wiederholt mit der freigewerkschaftlichen Landarbeiter-Organisation, dem „Deutschen Landarbeiterverband“ verwechselt wurde.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß in Amerika.

Zwei der bedeutendsten Gewerkschaften der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten haben die Einsetzung eines gemeinschaftlichen Komitees beschlossen, das die Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaften aufrecht erhalten und stärken soll, mit dem Ziel, eine Verschmelzung beider Organisationen herbeizuführen. Das Komitee soll so lange bestehen bleiben, bis dieses Ziel erreicht ist. Der Beschluß ist hauptsächlich dem Einfluß der „American Federation of Labor“ zuzuschreiben.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Die für Freitag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, angelegte Funktionäerversammlung gilt nur für die Funktionäre der Konfitürenbranche.

Neue Richtlinien für Zulagen der Eisenbahnarbeiter. Im Reichsfinanzministerium haben heute vormittag vor Beginn der Wochenverhandlungen über die Erhöhung der Löhne und Gehälter Besprechungen über neue Richtlinien für die Zulagen der Eisenbahnarbeiter stattgefunden. Woher wurde die Auszahlung der Zulagen entsprechend dem besonderen Tarifvertrag der Eisenbahnarbeiter und Arbeiter geregelt, doch sollen jetzt die Zulagen entsprechend dem für die Beamten geltenden Richtlinien ausbezahlt werden. Die Höhe der Zuschüsse soll jedoch nicht von den an die Beamten gezahlten Summen abhängig gemacht werden.

Hafenarbeiterlöhne in Danzig. Durch Verhandlungen zwischen dem Hafenbetriebsrat und den zuständigen Organisationen ist für die Zeit vom 10. bis zum 12. September der Tageslohn für die Hafenarbeiter in Danzig auf 32 Millionen Mark festgesetzt worden. Die im Hafen beschäftigten Frauen erhalten 1 575 000 Mark Stundenlohn.

Proletarische Sommerschulen.

Der Gedanke der proletarischen Sommerschulen wird in immer stärkerem Ausmaße und mit immer wachsendem Erfolge von den Arbeiterbildungszentralen aller Länder der Vermittlung zugeführt. Auf englischem Boden veranstaltete in der Zeit vom 7. Juli bis 25. August d. J. die Vereinigung für Arbeiterbildung eine Sommerschule in Bangor, an der unter anderem über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung sowie über die Psychologie des Individualismus und der Gemeinschaft unterrichtet wurde. Zur gleichen Zeit veranstaltete das gewerkschaftliche Bildungsausschüsse eine Sommerschule in Chester. Der Nationalrat der Arbeiter-Unionsverbände veranstaltete nicht weniger als drei Sommerschulen in England: in Liverpool, Culceth und North-Queensferry. Endlich gingen von der Unabhängigen Arbeiterpartei zwei Sommerschulen aus, eine in Scarborough, die andere in Huddersdon. In diesen Schulen sprachen unter anderem Ramsay MacDonald über „Fehler unserer Propaganda“ und Bertrand Russell über „Die Sozialisierung der Universitäten“. Die Sommerschule der Fabianer fand in Hindhead statt und behandelte in der ersten Woche Finanzfragen, in der zweiten landwirtschaftliche Fragen, in der dritten das internationale Problem, und in der vierten Arbeiterprobleme. Erfolgreich gestaltete sich die Sommerschule der Arbeiter-Bildungsgesellschaft in Oxford. Unter den Studenten fand man Bergarbeiter, Lokomotivführer, Maschinenbauer, Lehrer, Staatsbeamte, Handwerksmeister. Drei Studenten kamen aus Amerika, zwei aus Australien, einer aus Neuseeland.

Die schwedischen Genossen veranstalteten ihre Sommerschule im Juli in Brunnsvit, die von 75 Höpern besucht war. Die Schüler hatten den zur Behandlung gelangenden Stoff zwei Monate vor Beginn des Kurzes genau zu studieren. Diese Methode gestaltete dem Lehrer, den Stoff viel eingehender zu behandeln. Jeder Teilnehmer hatte über das zur Sprache kommende Thema einen vor-

berellenden kurzen Vortrag zu halten. Der Unterricht erstreckte sich auf Gewerkschaftslehre, Genossenschaftsbewegung, Staats- und Gemeindeführung, Böhrengesetze.

Auf amerikanischem Boden verdient Erwägung die Sommerschule in Colorado. Sie fand im Juli in „Stronia Springs“, ungefähr 30 Kilometer von Denver entfernt, statt. Sie wurde ermöglicht durch ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterföderationen des Staates Colorado, des Industrievereins Denver und der Arbeiterhochschule von Denver. Die Kurse fanden morgens und abends statt.

In Paris fand vom 28. Juli bis 10. August auf Anregung der Engländer die dritte internationale Genossenschafts-Sommerschule statt.

Die Bildungsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes veranstaltete drei Sommerschulen, und zwar im Schloß Schönbrunn (Wien), auf Schloß Tinz (Thüringen) für Arbeiterjugend, und auf Schloß Brühl (zwischen Köln und Bonn).

In Deutschland wurde ein Arbeiter-Bildnerkurs auf Schloß Tinz bei Gera, sowie für die sozialistische Jugend eine Oberschule in Kassel veranstaltet.

Auf österreichischem Boden fand, veranstaltet von den österreichischen Kinderfreunden, eine Kinderfreunde-Schule in Schloß Reichheim bei Salzburg statt, an der Oesterreicher, Reichsdeutsche, Deutschböhmen und Holländer teilnahmen.

Erwähnung verdient, daß der Gedanke der Arbeiterstipendien erneut auftaucht. So stellte das schwedische sozialistische Blatt „Ny Tid“ von Gothenborg einem jungen schwedischen Arbeiter ein Stipendium zur Teilnahme am Tinger Kurs zur Verfügung. Dasselbe tat für Brühl der Schweizerische Verband der Gemeinde- und Staatsangestellten. Ebenso beschloß das London Labour College die Gründung eines Stipendienfonds für die Teilnahme seiner Hörer an Kursen der Arbeiterhochschulen in Deutschland. Es werden alle Kosten für drei Monate bezahlt.

Wirtschaft

Gute Getreideernte.

Ueber den Saatensand im Deutschen Reich zu Anfang September 1923 wird amtlich berichtet:

Das Wetter in der ersten Augusthälfte war mit nur geringer Ausnahme fast überall warm und trocken, so daß die Ernte der Haalfrüchte gut gefördert wurde. Während es in der zweiten Monatshälfte in Süd- und in einigen Teilen Mitteldeutschlands auch weiterhin trocken, zeitweise sogar heiß blieb, herrschte im übrigen Deutschland unbedingte, vorwiegend nachts Bitterung. Hier haben zahlreiche und ergiebige Regensfälle, in manden Gegenden von Gewitterböen begleitet, auf den Feldern vielfach Schaden angerichtet und die schon verdorrten Erntearbeiten empfindlich gestört. Hagelgeschläge sind nur vereinzelt aufgetreten und haben erfreulicherweise nicht allzu großen Schaden angerichtet.

Die Getreideernte war Ende August in den südlichen Teilen des Reiches bis auf kleine Reste von Sommerweizen, Sommergerste und Hafer geerntet. In der nördlichen Reichshälfte dagegen fanden außer größeren Teilen der Sommerroggen noch beträchtliche Mengen des Wintergetreides auf dem Felde. Die Straucherträge werden als reichlich und gut bezeichnet, die Erträge an Körnern sind als gute Mittelernte anzusehen. Nach der Erntevorführung im August durch die Saatensandberichterstattung betragen die Durchschnittserträge je 1 Hektar im Reich (jedoch ohne Weidensberg-Schwerin, für das noch keine Angaben vorliegen) für Winterweizen 19,1 Doppelpentner (Vorschätzung 1922 = 13,7 Doppelpentner), Sommerweizen 18,4 Doppelpentner (14,5), Wintergerste 13,2 Doppelpentner (10,1), Winterroggen 16,6 Doppelpentner (12,9), Sommerroggen 12,4 Doppelpentner (9,6), Sommergerste 18,1 Doppelpentner (13,8), Hafer 17,8 Doppelpentner (12,9). Die Erträge sind als durchweg wesentlich besser als im vorigen Jahre.

Die Weiterentwicklung der Haalfrüchte wurde teils durch Trockenheit, teils durch zu große Nässe behindert. Der Stand der Spätkartoffeln wird verschiedenartig beurteilt. Da sie zumeist genügenden Knollenanlaß zeigen, dürfte bei günstiger Septemberwitterung noch mit einer Mittelernte gerechnet werden können. Die Bewertung der Rüben lautet etwas besser als bei den Kartoffeln. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt für Kartoffeln 3,0 (im Vormonat 3,1), Zuckerrüben 2,9 (2,9), Runkelrüben 2,8 (2,9).

Der Nachwuchs an Futterpflanzen und Wiesen hat vielfach unter der Trockenheit gelitten, so daß mancherorts schon Mangel an Grünfütter besteht. Mit dem zweiten Klee- und Grasschnitt ist bereits begonnen. Die Erträge entsprechen hinsichtlich der Menge überall den Erwartungen, zum Teil sind sie befriedigend und gut. Die Güte des Heus wird fast allgemein gelobt. Die Reifezeiten sind für Klee 2,6 (im Vormonat 2,5), Luzerne 2,7 (2,4), Bewässerungswiesen 2,4 (2,2), andere Wiesen 2,9 (2,7).

Aus alledem geht hervor, daß die Ernte besonders in Getreide viel besser ausgefallen ist als im Vorjahre. Sache der Ernährungs- und der Wirtschaftspolitik ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Feldfrüchte auch in die Hände der Verbraucher kommen. Die Ausbebung des Umlagungsverfahrens hat freilich bereits die von der Sozialdemokratie vorausgesehene Folge gehabt, daß sich der Getreidepreis und damit der Brotpreis rasch den Weltmarktpreisen anpaßte. Das wird noch schlimmer fühlbar werden, wenn erst die Brotart in Wegfall gekommen ist. Wenn aber schon das Brot teuer und meist auch schlecht ist, so muß alles aufgegeben werden, um es ohne unnütze Verteuerung durch viele Glieder des Zwischenhandels in die Hände der Verbraucher zu bringen.

Erhöhung der Kaltpreise. In der Sitzung des Reichskartellrates wurde die Erhöhung der Kaltpreise um 109,74 Proz., also eine reichliche Verdoppelung, beschloffen. Es wird für Aufrüstung auf prompte Lieferung bis zum 17. d. M. ein Rabatt von 2 1/2 Proz. gewährt im Rahmen einer Menge von 400 Doppelpentnern Reinfalt.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Kurt Gattermann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Reichsboten: A. B. Fischer, Wilmersdorf; Volkes- und Genossigen: Fritz Reuß, Wilmersdorf; Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph
Berlin W 50
besonders kräftigend u. erfrischend Potsdamstr. 122

Willst du preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Bousseistr. 23

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets
vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322

Ischias
86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-, Platin-
kaut zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weite Weg zu mir lohnt sich!

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maß-
anfertigung
Fr. C. Bungartz,
Neukölln, Belfirst. 31.

Ich kaufe auch kleine Posten ausgekämmtes
und zahle heute
15 Millionen Mk.
per Kilo. — Grau
10 Proz. weniger.
Frauenhaar
Knappe, Britzer Str. 13 (Kottbuser Tor)

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
Zahngebisse zahlr. unüberbietbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 1 Million bis 20 Millionen
Gold-, Silber-, Silberbruch kaut zum
Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weißburger Str. 32

Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 1 Million bis 20 Millionen
Gold-, Silber-, Silberbruch kaut zum
Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weißburger Str. 32

Zahngebisse
Gold-, Silber-, Platin-
kaut zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weite Weg zu mir lohnt sich!

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhart
18 Kottbuser Damm 18
Schöne Reste
für
Herren-Anzüge
Mäntel
Kostüme
Kleider

Gebrüder Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

Erich Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse
BERLIN Gotzkowskystr. 13

Zeitungs-papier
geb. kg 1.000.-
Haus-
lampen
Kocher
Bohrer
Neukölln
Tel. 178
Langerhakenstr. 178
Teleph. 291

Bettstellen
Korb- u. Rohr-möbel
Eig. Fabrik, stets her-
vorrät. Neuh. Gr. Aus-
wahl. Billige Preise.
Edmund Vogl, W.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe
Hermannplatz - Tel.
Neukölln 2264. Repar.
sämtlich. Korbwaren

Bettstellen
Korb- u. Rohr-möbel
Eig. Fabrik, stets her-
vorrät. Neuh. Gr. Aus-
wahl. Billige Preise.
Edmund Vogl, W.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe
Hermannplatz - Tel.
Neukölln 2264. Repar.
sämtlich. Korbwaren

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhart
18 Kottbuser Damm 18
Schöne Reste
für
Herren-Anzüge
Mäntel
Kostüme
Kleider

Ungeheuer billig!
gestiegen i. Preise sind
aber Lebensmittel und
Bedarfsartikel. Kleine
Anzeigen im Vorwärts
sind aber immer noch